

# *Wirkungslose Klimamassnahmen, die grossen Schaden anrichten*

Die Umsetzung der Forderungen von Klimaaktivistinnen wäre schlimmstenfalls kontraproduktiv.

Der von den Klimaaktivistinnen bei Regierungspräsident Conradin Cramer deponierte Massnahmenkatalog weist eine Vielzahl an falschen und vor allem sehr naiven Vorstellungen auf, wie ihre Forderungen an den Euro-Airport (EAP) durchgesetzt werden könnten. Dazu einige Beispiele:

Massnahmen wie eine CO<sub>2</sub>-Abgabe können nicht vom Kanton und schon gar nicht vom EAP einseitig erhoben werden. Diese müssten gesamtschweizerisch auf demokratischem Weg beschlossen und auf allen Schweizer Flughäfen eingeführt werden. Anschliessend müssten sie im Falle des EAP von den

französischen Behörden genehmigt werden. Aber die mit schweizerischen Verkehrsrechten operierenden Airlines würden dann als Konsequenz halt nicht mehr mit schweizerischen, sondern französischen Verkehrsrechten fliegen. Für die Passagiere änderte sich dabei nichts, und sie flögen dann eben nicht mehr ab Basel, sondern ab Mulhouse. Möglicherweise würde sogar Verkehr aus Zürich, der unter dieser Massnahme ebenso leiden würde, ebenfalls ab Mulhouse operieren. Die von den Klimainitianten geforderte Halbierung des Flugverkehrs würde aus obigen Gründen gar nicht stattfinden.

Auch eine Schliessung des Flughafens wäre illusorisch.

## **Es wäre nicht von Nachteil, die Fakten zum Euro-Airport zu kennen.**

Selbst wenn die Verkehrsfrequenzen trotzdem zurückgingen, würden sie nicht zwingend in einer Schliessung resultieren, sondern allenfalls in einer Massenentlassung von vermutlich mehrheitlich Schweizer Personal. Mit allen wirtschaftlichen und steuerlichen Konsequenzen.

Seit 1949 gibt es zwischen Frankreich und der Schweiz einen Staatsvertrag, der die Zusammenarbeit der beiden

Länder bezüglich des EAP regelt. Darin ist, ganz grob gesagt, auch die Bedingung aufgeführt, dass sich beide Länder bei ihren Verpflichtungen im weitesten Sinne entgegenkommen müssen.

Die Schweiz finanziert die Infrastruktur, während Frankreich für den Betrieb zuständig ist. Die Leitung des Flughafens ist paritätisch zwischen beiden Ländern aufgeteilt. Will die Schweiz ihren Einfluss reduzieren – sprich den Staatsvertrag kündigen –, würden sämtliche Infrastrukturen und vor allem jeder Einfluss an Frankreich übergehen. Entschädigungslos. Jedes Mitspracherecht ginge verloren, und der französische Staat könnte den EAP frei von schweizerischen Sachzwängen

führen und ungehemmt weiterentwickeln – ist das wirklich, was die Initiantinnen wollen?

Die Vorstellungen der Klimaschützerinnen sind möglicherweise gut gemeint, aber naiv und nicht durchdacht. Vor allem würde grosser Schaden angerichtet, während die angepeilten Massnahmen wirkungslos bleiben würden. Es wäre also nicht von Nachteil, die Fakten zum EAP zu kennen, damit ein echter lösungsorientierter Dialog aufgebaut werden kann. Rein ideologische Effekthascherei führt nicht zum Ziel.

**Robert Appel**

Der Autor ist Geschäftsführer der IG Euro-Airport.